



Jesse, Eckhard / Sturm, Roland: Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen. Baden-Baden: Nomos-Verlag 2014, 718 Seiten, € 129,00.

/// Bürger und Parteien

DIE QUAL DER WAHL

Wahlen ändern doch etwas, es lohnt also, an ihnen teilzunehmen: Werner Patzelts essayistischer Mutmacher ist ein gelungenes Resümee des Buches. Ein anderes könnte lauten: Die Parteien sind noch lange nicht so weit wie die Wähler. Diese sandten bei der Bundestagswahl 2013 offenkundig Signale aus, die jene (noch) nicht verstanden haben. Dass die SPD wider besseren Wissens stur das rot-grüne Mantra abspulte, kann man nicht einmal als Wählertäuschung brandmarken, sondern getrost als Irrtum abtun. Die Illusion war zu offensichtlich. Viel schwe-

rer wiegt, dass der Wähler mehr und mehr entmündigt wird, weil sich die Parteien kaum noch dazu äußern, was sie eigentlich wollen.

Im Unionslager setzte zwar die CSU Akzente, doch der Merkel-Wahlkampf hatte insgesamt die Wirkung einer Schlaftablette: angenehm einlullend und ohne Vision für die Zeit nach dem Aufwachen. Der Politologe Karl-Rudolf Korte und sein Mitarbeiter Matthias Bianchi haben richtig beobachtet, wenn sie die „Kanzlerpräsidentin [...] mit forcierter Passivität“ (S. 347) durch das stille Wasser des Wahlkampfes navigie-

ren sahen. Die SPD wiederum tat sich schwer, der Deeskalationsstrategie der CDU offensiv kontra zu geben – nur einer von vielen Fehlern des sozialdemokratischen Wahlkampfes, die Uwe Jun und Alexander Berzel herausarbeiten. Dass am Ende „nur“ eine Große Koalition zustande kam, passt ins Bild. Das historische Scheitern der FDP, die Schwäche der Grünen, die Isolation der Linken im Bund und der Nichteinzug der AfD trugen dazu bei, dass die großen Volksparteien zusammen zwar auf 67,2 % gekommen waren (weit mehr als noch bei der „kleinen“ Koalition 2009), aber trotzdem aufeinander angewiesen sind. Es ist paradox: Die Zersplitterung der Parteienlandschaft schritt 2013 voran, hatte aber dank der Fünfprozenthürde bei der Mandatsverteilung im Parlament den umgekehrten Effekt der Parteienkonzentration.

Mancher Bürger mag sich die Große Koalition gewünscht haben, „gewählt“ hat er sie nicht. Resigniert stellen die Herausgeber, die Parteien- und Koalitionsforscher Eckhard Jesse (Chemnitz) und Roland Sturm (Erlangen), in der Einleitung fest: „Das ‚Historische‘ an der Bundestagswahl dürfte darin liegen, dass künftig das Wählervotum weit weniger als bisher über die zu bildende Koalition aussagen wird. Die Festlegungen der Parteien auf ein Bündnis vor der Wahl und damit die ‚Lagerbildung‘ haben hohe politische Kosten nach der Wahl.“ (S. 11) In dasselbe Horn stößt die Analyse von Jan Schoofs und Jan Treibel zu den Wettbewerbsstrategien der Parteien: Lagerwahlkämpfe, so konstatieren sie, „schrecken [...] unentschlossene Wähler ab und verbauen zudem die eigenen Machtoptionen.“ (S. 58) Thomas Schubert, der die Koalitionssignale der Parteien unter die

Lupe nimmt, mahnt zu mehr Verbindlichkeit, aber auch Flexibilität: Große Koalition und Schwarz-Grün seien allenfalls als „sekundäre Variante“ (S. 93) in Erscheinung getreten. Dabei seien die Bürger, so der Freiburger Wahl- und Parteienforscher Ulrich Eith, „politisch mündiger und unabhängiger geworden“. (S. 109)

Leider dringen ausgerechnet die Analysen der einzelnen Parteien nicht tiefer in dieses Problem ein. Sie verharren meist in Deskription und manchmal gar in Affirmation – alles in allem der schwächere Abschnitt eines ansonsten instruktiven Readers. Aus ihm ragen die Aufsätze hervor, die sich mit den Institutionen und Mechanismen der bundesdeutschen Demokratie befassen, also eher indirekt etwas mit der Bundestagswahl zu tun haben. Dies gilt insbesondere für Florian Grotz‘ luzide Analyse der Wahlrechtsreform. Der Autor spart nicht mit Kritik an der obstruktiven, von Machtkalkülen und Unwillen bestimmten Rolle der Parteien. Es waren außerparlamentarische Akteure, die immer wieder den Finger in die Wunde legten und mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts die Ungerechtigkeit des negativen Stimmengewichts bei Überhangmandaten beseitigten. Grotz warnt jedoch eindringlich vor den negativen Folgen des neuen Wahlrechts, die 2013 allerdings (noch) nicht in Erscheinung getreten waren. Sein Monitum ist eine Aufblähung des Bundestags durch „unechte Ausgleichsmandate“. Dieser Effekt könne sich unter anderem dann einstellen, wenn eine kleine, aber regional starke Partei wie die CSU viele Überhangmandate gewinnt. Verstärkt würde er durch eine geringe Wahlbeteiligung (also einer größeren Wirkung der Sperrklausel).

„Der Bundestag wird massiv vergrößert, in einem Sechsparteiensystem etwa um den Faktor 15-20 pro überzähligen CSU-Sitz.“ (S. 132)

Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Tom Mannewitz untersucht die Bundespräsidentenrücktritte und beklagt, die „Causa Wulff“ habe die Identifikationsmöglichkeit mit dem Bundespräsidenten „untergraben“ und das Amt „profanisiert“ (S. 415). Patrick Horst von der Universität Passau widerlegt die verbreitete Auffassung des Bundesrats als „Vetospiele“ und kommt zu dem Schluss, die auf Kooperation und Kompromiss angelegte Länderkammer taue kaum „als parteipolitisches Blockadeinstrument“ (S. 470). Der Bonner Politikprofessor Frank Decker schließlich warnt vor einer Volksgesetzgebung auf Bundesebene: „Dem Volk die Möglichkeit einzuräumen, selbst an die Stelle des parlamentarischen Gesetzgebers zu treten, verbietet sich im nationalen Rahmen [...] aufgrund der dysfunktionalen Rückwirkungen auf das parlamentarische System, die ungleich gravierender wären als in den Ländern.“ (S. 638) Das Volk hat im Bund allerdings mehr Möglichkeiten zur Veränderung, als die Prediger der Demokratieverdrossenheit glauben machen wollen. Die Parteienverdrossenheit wiederum schüren die Parteien selbst, denen es zur Zeit kaum gelingt, die Stimme des Volkes zu vernehmen.

JÜRGEN P. LANG
